

Wahlprüfsteine der demokratischen Parteien zum Thema „Wie kann aus Ihrer Sicht der massiven Benachteiligung armer Kinder und Jugendlicher entgegenwirkt werden?“

CDU/CSU:

Für die finanzielle Absicherung von Kindern ist die finanzielle Lage der gesamten Familie entscheidend. Um allen Kindern gute Chancen zu bieten, müssen wir die Familie als Ganzes im Blick behalten und die Leistungen zielgenau, bedarfsgerecht und transparent ausrichten. Die Kindergrundsicherung wirkt dagegen weder gegen die Ursachen von Kinderarmut, noch ist sie zielgerichtet. CDU und CSU halten deshalb andere zielgerichtete Maßnahmen anstatt einer Kindergrundsicherung für sinnvoll. In dieser Legislaturperiode haben wir daher ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Kinderarmut auf den Weg gebracht. Zu nennen sind vor allem das Familienstärkungsgesetz, der Ausbau des Unterhaltsvorschusses, die Anhebung des Kinderzuschlags auf bis zu 20 Euro, die Aufstockung des Schulstarterpakets auf 10 Euro, der Wegfall der Eigenanteile zur gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in Kitas und Schulen und für die Schulbeförderung sowie die Ausweitung der Nachhilfefinanzierung. Das Kindergeld wurde um insgesamt 2 Euro je Kind erhöht. Der beste Schutz gegen Kinderarmut ist ohnehin ein regelmäßiges und gutes Arbeitseinkommen der Eltern. Daher setzen sich CDU und CSU für gute Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Mit dem Ausbau der Kinderbetreuung und dem Gute-KiTa-Gesetz haben wir auch in dieser Legislaturperiode schon wichtige Schritte vollzogen.

DIE GRÜNEN:

In einem reichen Land wie Deutschland darf kein Kind in Armut aufwachsen – doch vor allem bei Ein-Eltern-Familien (Alleinerziehenden), Geringverdienenden mit Kindern oder Familien mit mehr als zwei Kindern reicht das Geld oft vorn und hinten nicht. Kinderarmut bedeutet auch Ausgrenzung, Diskriminierung und schlechtere Bildungschancen. Jedes Kind verdient unsere Unterstützung, denn Zukunftschancen dürfen nicht von der sozialen Herkunft abhängen. Daher werden wir GRÜNE eine Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut entwickeln und umsetzen, u.a. mit einer Kindergrundsicherung, der Unterstützung von Schulen in benachteiligten Regionen und Quartieren, guter Infrastruktur (KiTa und Ganztags) und einem Corona-Entlastungsschirm für Kinder und Jugendliche.

DIE LINKE:

Kinderarmut hat massive Benachteiligung auf verschiedenen Ebenen zur Folge. Entsprechend vielfältig muss der Benachteiligung auf Grund von Armut entgegnet werden. Wir fordern seit langem eine Kindergrundsicherung, die die individuellen Bedarfe berücksichtigt, die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht und Armut tatsächlich verhindert. Eine Kindergrundsicherung umfasst zwei Bereiche die materielle Absicherung und das Vorhandensein einer gut ausgebauten öffentlichen sozialen Infrastruktur, deren Angebote möglichst gebührenfrei zur Verfügung stehen. Dazu zählen neben den vielfältigen Angeboten und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe u.a. öffentliche Schwimmbäder, Bibliotheken, Musikschulen oder der PNV. Es braucht gut ausgestattete Schulen. Die materielle Absicherung muss sich an den individuellen finanziellen Bedarfen orientieren die auch auf Grund von Alter oder Miethöhe differieren. Wichtig ist dabei auch, Beteiligung und Möglichkeiten der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in ihrem Lebensumfeld zu ermöglichen und sie somit mit Wirkmacht auszustatten. Zuletzt dürfen die Eltern nicht vergessen werden, denn die Ursache von Kinderarmut ist immer die Einkommensarmut der Eltern. Eltern brauchen gute Arbeit inkl. Anerkennung ihrer Leistungen. Als LINKE setzen wir uns für einen entsprechend vielfältigen Ansatz zur Bekämpfung von Armut aus.

FDP:

Neben der Einführung eines Kinderchancengeldes, des Kinderchancenportals und der Verbesserung des Angebots von Bildungs- und Teilhabe-Leistungen, wollen wir auch bessere Hinzuverdienstregeln beim Arbeitslosengeld II (ALG II) beziehungsweise beim angestrebten Liberalen Bürgergeld. Das Einkommen von Jugendlichen aus Familien, die ALG II beziehen, soll bis zur Höhe eines Minijobs gar nicht angerechnet werden. Junge Erwachsene sollen künftig nicht mehr für Forderungen des Staates haften, welche auf ein Verschulden der Eltern - wie beispielsweise das verspätete Anzeigen einer Erwerbstätigkeit der Eltern - beruhen. Wir Freie Demokraten wollen Familien und Alleinerziehende entlasten. Dazu wollen wir den Kinder- und Auszubildendenfreibetrag sowie den Freibetrag für Alleinerziehende anheben. Auch die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten, gesetzlichen Unterhaltsleistungen und haushaltsnahen Dienstleistungen wollen wir verbessern. Am Splittingverfahren für Ehe- und eingetragene Lebenspartnerschaften wollen wir festhalten. Ebenso kann es sinnvoll sein, künftig stärker mit - von der Steuerschuld abzuziehenden - Steuergutschriften zu arbeiten. Dadurch wirken Freibeträge besser für die niedrigen und mittleren Einkommen.

SPD:

Wir haben in den zurückliegenden Jahren sowohl bei den monetären Familienleistungen als auch im Bildungs- und Betreuungsausbau erhebliche Anstrengungen für mehr Gerechtigkeit unternommen. Wir haben seit 2003 rund 18 Mrd. Euro in den Ausbau von Kitas und Ganztagschulen investiert, die Qualität erhöht und Gebühren reduziert, den Kinderzuschlag, den Unterhaltsvorschuss und das Bildungs- und Teilhabepaket erheblich ausgebaut. Und doch sehen wir, dass noch erheblich mehr zu tun ist, um die besten Chancen und Teilhabe für alle Kinder herzustellen. Das gilt zumal vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, die die ungerechte Spaltung der Chancen und Möglichkeiten im Kindesalter zu verschärfen droht. Wir haben daher ein Konzept der Kindergrundsicherung aus gerechter Geldleistung und Infrastrukturausbau entwickelt. Durch ein Bundesprogramm für Schulsozialarbeit wollen wir zudem Chancenhelfer an jeder Schule fördern und insgesamt durch die Einführung von Sozialkriterien dafür sorgen, dass Mittel von Bund und Ländern da ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

KINDERARMUT STÄRKEN
– ARMUT ABSCHAFFEN!

Veröffentlicht von:

Bundesjugendwerk der AWO e.V.
Michaelkirchstraße 17/18
10179 Berlin
Tel.: (+49) 30-259 272 8-506
Fax: (+49) 30-259 272 8-60
E-Mail: info@bundesjugendwerk.de
www.bundesjugendwerk.de